

Grüne Seiten

Nr. 97 September 2014 Dokumentation ausgewählter Vorträge

Die Verantwortung des Journalismus in der veränderten Medienwelt

Rede von BDZV-Präsident Helmut Heinen bei der BKU-Frühjahrstagung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sind hierher gekommen, um sich mit der aktuellen Entwicklung der Medien in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen. Christentum und Kirche sind – auch – geprägt vom Leitbild der Verbundenheit, vom Leitbild der Gemeinschaft der Menschen. Damit stehen Leben und Arbeit der Kirche in einem engen Verhältnis auch zur Arbeit der Medien. Ich will deshalb gerne versuchen, einige Entwicklungen und Probleme unserer heutigen Medienlandschaft zu beleuchten. Kirche wie Medien können ihren jeweiligen Dienst an der Gesellschaft nur in Freiheit positiv erfüllen. Das verbindet uns in besonderer Weise. Wenn wir uns in der Welt umschauen, stellen wir sehr schnell fest: Überall dort, wo es keine Freiheit für Religionen und Kirchen gibt, dort leidet auch die Meinungs- und Pressefreiheit. Not, oder sie existiert überhaupt nicht. Pressefreiheit und Religionsfreiheit gehören zweifelsfrei zusammen.

Verantwortlichkeit in Freiheit

Die Freiheit, die die Medien brauchen und die sie zu Recht einfordern, steht aber in einer festen Beziehung zu der Verantwortung, die sie damit übernehmen. Verantwortlichkeit in Freiheit lautet die Forderung, die zuallererst die Medien an sich selbst zu stellen haben und die sie dauerhaft einzulösen haben. Nach diesem Verständnis ist die Glaubwürdigkeit ihrer Inhalte der maßgebliche Wert der Kom-

munikationskultur und, um diese Glaubwürdigkeit überprüfen zu können, ist eine ausreichende Transparenz der Medienarbeit selbst erforderlich.

Glaubwürdigkeit, das heißt für mich umfassende, begründete und kompetent vermittelte Information. Glaubwürdigkeit ist aber auch das Mitteilen von Erfahrung und von Betroffenheit, von persönlichem Engagement, von Bewertung und Deutung. Glaubwürdigkeit und damit guter Journalismus sind also nicht in einem mathematischen Kalkül eindeutig herleitbar und nicht bis in die Nachkommastelle hinein zu messen.

Professionalität ist ein entscheidendes Kriterium, ebenso entscheidend ist aber die Verlässlichkeit, die Qualität der immer auch mit Subjektivität vorgenommenen Einschätzung, Gewichtung und Auswahl der Inhalte. Das Ideal nüchterner und objektiver Information auf der einen Seite und die allgegenwärtige und unverzichtbare Subjektivität des bearbeitenden Journalisten auf der anderen müssen ins Gleichgewicht gelangen. Misslingt dies, erhalten wir leeres Faktengeklänge oder aber eitle Selbstdarstellung statt glaubwürdiger Information.

Es geht also um Glaubwürdigkeit, um Wahrhaftigkeit, um Kompetenz und um Verantwortung. Es geht darum, Qualität zu fördern, Qualität zu sichern und den Zugang zu Qualitätsmedien für alle zu garantieren.

Warum reden wir gerade heute von Glaubwürdigkeit und Qualität?

Nun: Digitalisierung und Bildung sind die Themen, die Unruhe in der



Helmut Heinen, Herausgeber der Kölnischen Rundschau und Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, bei der BKU-Frühjahrstagung in Altenberg am 17. Mai 2014. Foto: Schoser

Diskussion über unsere Medienlandschaft auslösen. Zwei wohlbekannte Begriffe, denen wir auch in den anderen großen Diskussionen unserer Zeit fast überall begegnen. Wie so oft in der Mediengeschichte ist es die Technik, die einen wichtigen Veränderungsschub auslöst. Digitalisierung und Miniaturisierung haben einen ungeheuren Zuwachs an Übertragungskapazitäten, an Speicherkapazitäten, aber auch an Produktions- und an Verarbeitungskapazitäten geschaffen. Zugleich sind auch die Produktionstechniken für professionelle Textverarbeitung, für digitale Fotos, für Audiosequenzen, ja sogar für Bewegtbilder so leistungsstark und kostengünstig verfügbar, dass jedermann sich in akzeptabler technischer Qualität über die neuen Übertragungskapazitäten auch selber äußern kann. Knappheit im



quantitativen Sinn ist also nicht mehr das Problem. Das Problem ist, unter den Bedingungen eines quantitativ extrem ausgeweiteten Marktes Qualität zu sichern, Qualität zu kennzeichnen und auch: Qualität weiterhin bezahlbar zu machen.

Bildungsauftrag der Medien

Die qualifizierte Teilhabe am ungeheuren Information- und Medienangebot unserer Zeit ist dabei nicht etwa nur unter Marktgesichtspunkten, sondern vor allem auch unter Bildungs- und Ausbildungsgesichtspunkten ein überaus bedeutendes Thema. Wir alle haben großes Interesse daran, dass bei der Fortentwicklung unserer Gesellschaft den Bildungsfragen hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird. Bildung ist Voraussetzung und wichtiger Antrieb für gesellschaftliche Teilhabe.

Zur Bildung tragen Medien sehr wesentlich bei. Vom Bilderbuch über hervorragende Kindersendungen, vom Special Interest Magazin zu Sport, Popkultur, Tieren oder Technik bis zum Internet, von hochkarätigen Informations- und Dokumentationsserien bis zur spielerischen oder später zur schulischen Hinführung zur Tageszeitung, von der Gesprächskultur in Familie und Freundeskreis bis zum internetgestützten Lernen und zur Nutzung von social media sind Bildung, Information und Kommunikation untrennbar mit Mediennutzung und deren Erlernen verbunden. Und ich verkenne keinesfalls die Bedeutung audiovisueller Medien, wenn ich vor allem anderen die Bedeutung des Lesens und der Entwicklung der Lesefähigkeit betone. Wer liest, kann mitreden, wer liest, ist erfolgreich in der Schule, im Studium, im Beruf. Wer liest, kann mehr leisten für die Gesellschaft und auch in der Gesellschaft. Oder wie Elisabeth Noelle-Neumann es formuliert hat: Nur eine Gesellschaft die liest, ist

eine Gesellschaft, die denkt.

Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, wenn wir in den Medien, und das gilt im Grundsatz über alle Mediengattungen hinweg, wenn wir in den Medien – ebenso wie viele andere Institutionen – auf vielfältige Art und Weise dazu beitragen, Lesefähigkeit und Lesebereitschaft zu stärken. Pisa-Studien und die Beschwerden der Wirtschaft über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit vieler Schulabgänger haben das Problem fokussiert. Nicht aber vornehmlich zum Funktionieren der Volkswirtschaft, sondern schon aus Gründen unseres Begriffs vom Menschen und seiner Humanität und für die ganze Breite unserer gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Lebensgestaltung ist die Teilhabe aller an Lesefähigkeit, an Information und an Bildung unerlässlich. Und alles, was hierzu zuerst in der Familie, in den Schulen und an allen anderen Orten geleistet werden kann, verdient unsere Zustimmung und unsere Unterstützung. Sie werden es mir nachsehen, dass ich dabei besonders die vielfältigen Projekte „Zeitung in der Schule“ nenne, mittlerweile aber auch erweitert auf Felder wie Kindertagesstätten und die duale berufliche Ausbildung, die unsere Verlage bereits seit den Siebziger Jahren mit hohem Einsatz von Personal, Material und Geld durchführen.

Ausgrenzung vermeiden

Es geht beim Thema Lesen aber eben um nichts weniger als zu verhindern, dass 15, 20 oder gar 25 Prozent der Menschen in unserem Land schon der mangelnden Lesefähigkeit wegen von qualifizierter Information und Kommunikation ausgegrenzt werden und ausgegrenzt bleiben.

Mit dem Internet haben uns völlig neue Darstellungs- und Kommunikationsformen erreicht: Blogs, Wikis und die vielfältigen Informationsnetzwerke jenseits des klassi-

schen Journalismus, vor allem aber auch social media wie Facebook und Twitter. Die Traditionsmedien begreifen diese Veränderungen der Informationskultur als Chance, neue Wege zum Publikum zu finden.

Für viele neue Akteure sehe ich aber klare Grenzen: Nichts gegen den Idealismus der Blogger; ihre Produkte wirken durchaus auch als zusätzliches Korrektiv. Journalismus braucht den kritischen öffentlichen Diskurs. Auch triviale Kommentare darf es geben. Aber die immer wieder zu hörende These, dass im Internet jeder Journalist sein kann, dass wir uns gar auf dem Weg in eine „redaktionelle Gesellschaft“ befinden, empfinde ich als naiv.

Nicht jeder Blogger ist ein Publizist

Social media machen jedermann publizistisch handlungsfähig. Aber damit ist noch nicht jeder Publizist. Der pure Vorgang des Veröffentlichens ist kein Journalismus, hier von Bürgerjournalismus zu sprechen ist Etikettenschwindel. Blogs, Wikis, der so genannte User Generated Content – bei all dem geht es zunächst um subjektive Perspektiven. Es fehlt generell die Qualitätsprüfung. Relevante Inhalte generieren, strukturieren, aufbereiten und die Debatten in verschiedenen Lebensbereichen moderieren – von der Politik und Wirtschaft über das Feuilleton bis zum Sport, das ist ein kompliziertes Handwerk, das in wesentlichen Teilen nur von talentierten und gut ausgebildeten Journalisten erledigt werden kann. Gleich ob in Print, im Radio, im Fernsehen oder im Netz.

Meine Damen und Herren, wer sich zuverlässig über das Geschehen in seinem Nahbereich ebenso wie in der großen Welt orientieren will, braucht professionell aufbereitete, aus dem Überfluss an Einzelinformationen ausgewählte, geprüfte Nachrichten. Wir brauchen Medien, die Übersicht verschaffen, die

die Themen strukturieren und Debatten professionell moderieren, Medien, die für die Bürger die Schneisen durch den Dschungel der Information schlagen. Die Kommunikationswissenschaftlerin Claudia Mast von der Universität Hohenheim hat dazu das schöne Bild vom „Polarstern“ geprägt, der die Richtung für die Orientierung der Menschen im Alltag gibt.

Die Aufgabe der Medien hat sich aber erweitert durch die Möglichkeit und die Notwendigkeit, die heute so breit kommunizierten individuellen Beiträge einzelner in ihre Arbeit einzubeziehen. Weit mehr als das vergleichsweise kleine Paket klassischer Leserbriefe bringt die Flut von Kommentaren, Postings und Tweets die Chance, verschiedene Sichtweisen in der eigenen Analyse und Darstellung zu berücksichtigen, aber auch die Pflicht, zu bewerten und auszuwählen.

Dem Nutzer erscheint die neue Vielfalt zumindest zunächst als Verheißung und Erfüllung zugleich. Aller bislang punktuell verspürte Mangel ist behoben im Reich der Tausend und Abertausend Gigabyte. Diese Übervielfalt schafft jedoch neue Probleme: Nützliches von Sinnlosem zu unterscheiden und Wahres von Vorgespiegeltem, mit der eigenen Zeit und dem eigenen Fassungsvermögen hauszuhalten, das wird immer nötiger, und es bedarf auch einer klugen persönlichen Kommunikationsstrategie, um gerade das Wichtigste den Freunden, Partnern und Kollegen ebenfalls verfügbar zu machen, wie es im klassischen Gutenberg-Zeitalter so unkompliziert möglich war.

Chancen und Gefahren

Die Chancen sind enorm, aber auch neue Gefahren entstehen: ein Minimalstandard von Wissen, von Erfahrungen, die vielen oder allen gemeinsam sind, geht mehr und mehr verloren. Und mancher ver-

liert ob der digitalen Verlockungen das Leben außerhalb der Festplatten zumindest gelegentlich aus dem Blickwinkel.

Die Tageszeitung als das wohl traditionsreichste Medium mit ihrem universalen Angebot kann uns da nun geradezu anachronistisch anmuten. Die Zeitung war und ist ein ganzheitliches, aber begrenztes Medium. Und ich denke, genau darin liegt in Wirklichkeit eine ihrer Stärken. Sie liefert dem Publikum täglich einen umfassenden Überblick zu allen Lebensbereichen mit exklusiven Neuigkeiten, mit eigenständigen Meinungen und das Ganze in einer eindringlichen Sprache. Ein solch ganzheitliches Medium entspricht in besonderer Weise den Lesern in ihrer Ganzheit. Gerade mit ihrer lokalen Ausrichtung spiegelt die Zeitung die fast immer auch gegebene lokale Verwurzelung jedes einzelnen.

Ich denke, die Zeitungen werden im Grundsatz an ihrem ganzheitlichen Anspruch festhalten. Zügig erweitern werden sich die Ausgabeformen. Das Internet, dessen Möglichkeiten wir immer noch erst zum kleinsten Teil nutzen, vor allem mobile Ausgabegeräte sind die neuen und werden irgendwann die dominierenden Ausgabekanäle. Die Kanäle ändern sich und mit der selektiveren Nutzung, die neue Mediendienste ermöglichen, wird auch in den elektronischen Zeitungen die allen gemeinsame Informationsplattform erodieren. Damit wird aber nicht das Prinzip obsolet. Im Gegenteil, die Lotsenfunktion und die Grundthematik der glaubwürdigen und verantwortlichen Medienleistung wird zumindest unter den Verständigen an Bedeutung noch gewinnen.

Die Zahl der Medienangebote und auch die der Medienanbieter wird aller Voraussicht nach steigen. Überproportional steigen wird vor allem die Zahl der journalistisch schlichtesten Angebote. Das Gebot der Trennung von Inhalten und werblicher Kommunikation wird die meisten Anbieter nicht interessieren.

Auf der anderen Seite wird professioneller Journalismus um seine Nutzer kämpfen. Ein Qualitätswettbewerb ungeahnter Heftigkeit und Breite ist zu erwarten. Denn qualitativ guter Journalismus kostet Geld. Er kostet Geld für intelligente und engagierte Mitarbeiter, er kostet Geld für deren Ausbildung, er kostet Geld für Produktionstechnik und Geld für die Freiräume, die für wirklich neue Geschichten und investigative Recherchen erforderlich sind.

Sinkende Zahlungsbereitschaft

In einem unangenehmen Gegensatz zu diesen Kosten steht die sinkende Bereitschaft der Nutzer, für Medieninhalte zu bezahlen. Anzeigenblätter, Kundenzeitschriften, redaktionell aufgemachte Verkaufsprospekte, privates und öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen, Internet, YouTube, Facebook, Twitter, Musik- und Videotauschbörsen: Noch nie hat es so viel Inhalt kostenlos gegeben, tatsächlich oder vermeintlich. Dagegen kämpfen Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, Pay-TV, CDs, kostenpflichtige Internet-Dienste einen schweren Kampf um das Geld ihrer potentiellen Nutzer, denen von anderer Seite immer mehr geschenkt wird, meist finanziert durch eingestreute kommerzielle Werbung, sichtbar oder aber getarnt. Die kostenpflichtigen Print-Produkte halten sich bislang hervorragend, doch sie müssen ihre inhaltliche Leistung immer wieder und zunehmend intensiver unter Beweis stellen, um ihren Preis zu rechtfertigen.

Bezahlte Dienste im Netz etablieren sich aber zunehmend: Musikangebote, Video on Demand, Zeitschriftenportale und Tageszeitungen experimentieren mit Angeboten und Preismodellen. Dabei hat der Siegeszug der Smartphones und Tablets entscheidenden Schub erzeugt. Will man Erlöse erzielen, muss man echten Mehrwert offerie-

ren, in der Qualität, in der Auswahl, in der Präsentation und in der Auffindbarkeit des Inhalts.

Für abwegig halte ich Vorstellungen, wie sie der Philosoph Jürgen Habermas vor einigen Jahren in einem Beitrag in der Süddeutschen Zeitung skizzierte: Die Qualitätspresse brauche einen besonderen Schutz, etwa durch staatliche Gelder, Steuervergünstigungen oder die Gründung von Stiftungen mit „öffentlicher Beteiligung“.

Kein Schutz durch Staatsgelder

Das, meine Damen und Herren, kann es nicht sein! Der Ruf nach dem Staat ist keine angemessene Lösung für Marktprobleme der Qualitätsmedien. Allein der Gedanke, über gesetzlich festzulegende

Kriterien Anspruchsvoraussetzungen und inhaltliche Anforderungen an Medien zu fixieren, ist mit dem Selbstverständnis unabhängiger Arbeit unvereinbar. Die Abkopplung der Medien vom Markt wäre eine große Gefahr für die Freiheit.

Der Staat kann nur über die Rahmenbedingungen ein insgesamt pressefreundliches Klima in der Medienpolitik schaffen. Alles andere müssen die Verlage und Sender selber tun. Wir wären in der Praxis ja oft schon froh, wenn die Rahmenbedingungen nicht wie so häufig noch verschlechtert würden. Denn jenseits medienpolitischer Bekenntnisse zu Freiheit, Vielfalt und womöglich gar Förderung werden die Medien, besonders die gedruckten, schnell zu Opfern wohlgemeinter Initiativen aus anderen Politikfeldern. Seien es die Werbebeschränkungen der Verbraucherschützer, nicht nur zu Tabakprodukten, sondern auch bei Kraftfahrzeugen, Haushaltsgeräten, Lebensmitteln oder gar Alkohol, sei es ein überzogener Datenschutz, der nach Negativfäl-

Impressum:

Die Grünen Seiten erscheinen als Dokumentationsdienst im BKU-Journal des Bundes Katholischer Unternehmer e.V. • Georgstraße 18 • 50676 02212 7237-0 • Fax: 0221 723727 • E-Mail: schoser@bku.de • www.bku.de • Redaktion: Dr. Martin Schoser • ISSN 1865-4576

len illegaler Telefonwerbung nun die Nutzung der Adressen früherer Leser zu Briefwerbung unmöglich machen will, oder sei es aktuell der dirigistisch und unpraktikabel konzipierte Mindeststundenlohn, der geradezu grundlos auch auf die seit Jahrzehnten unproblematisch durchgeführten klassischen Nebenjobs in der Zeitungszustellung mit ihrem sachgerechten Stücklohnsystem angewendet werden soll.

Ich sprach eingangs auch von der Freiheit, die die Medien brauchen, um ihrer öffentlichen Funktion als Mittler und Wächter in unserer Gesellschaft nachkommen zu können. Deutschland ist eines der wenigen Länder auf der ganzen Welt, wo die Pressefreiheit nicht nur in der Verfassung verankert ist, sondern auch tatsächlich gelebt wird. Und, auch wenn unsere Lage in gar keiner Weise vergleichbar ist mit der in Kriegs- und Krisenstaaten oder unter diktatorischen Regimen, so muss dieses Grundrecht auch hierzulande immer wieder verteidigt werden.

Schutzrechte der Presse achten

Immer wieder gibt es Fälle, in denen Behörden und Personen der Versuchung erliegen, mit Abhör- und Durchsuchungsaktionen in die Schutzrechte der Presse einzugreifen. Dabei geht es nicht darum, Verbrechen von Journalisten auf die Spur zu kommen. Die Durchsuchungen und Abhöraktionen werden in der Regel angeordnet, um die undichten Stellen im Staatsapparat aufzufindig zu machen. Um es klar und deutlich zu sagen: Wir erwarten, dass bei der Verfolgung vermeintlicher oder tatsächlicher Straftaten die Pressefreiheit respektiert und vor allem der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt bleibt. In der vergangenen Legislaturperiode des Bundestags ist endlich der Tatbestand der Bei-

hilfe zum Verrat von Dienstgeheimnissen für korrekt arbeitende Journalisten gestrichen worden.

Dabei ist es selbstverständlich, dass die Medien Geheimhaltungsinteressen des Staates respektieren. Diese Interessen haben ebenso wie die Pressefreiheit Verfassungsrang. Aber eben auch das Redaktionsgeheimnis und der Schutz von Informanten zählen zu den elementaren Voraussetzungen einer freien Gesellschaft. Es darf eben nicht unter der Überschrift „Antiterror“ zu einer flächendeckenden Abschaffung der Vertraulichkeit des Gesprächs kommen. Wir haben in der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung darauf energisch hingewiesen und sehen uns durch das jüngste Urteil des EuGH in erfreulicher Weise bestätigt. Die Auspähaktionen des amerikanischen und des britischen Geheimdienstes (und ich bin sicher, dass nicht nur westliche Dienste so agieren), deren Ausmaß kaum vorstellbar war, beschwören größte Gefahren für unsere Kommunikation und unser Zusammenleben insgesamt, aber besonders auch für die Presse herauf. Seither sind die Gefahren überdeutlich geworden, die entstehen können, wenn sich Menschen nicht mehr frei äußern mögen.

Informantenschutz massiv bedroht

Der Informantenschutz der Presse ist eine der Grundvoraussetzungen unserer Arbeit, und er ist massiv bedroht. Meine Damen und Herren, es geht nicht um vermeintliche „Sonderrechte“ für einen Berufsstand. Es geht um ein Kernelement der Wahrnehmung des Bürgerrechts auf Presse- und Informationsfreiheit. Und das betrifft uns alle.

Das wollte ich Ihnen sagen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Leicht gekürzte Fassung der Rede vom 17. Mai 2014; Stand Oktober 2014.